

# Vereinsnachrichten

Mitgliederinformationsschrift des HWG Nebra e.V. - Ausgabe 02 (Dezember 2008)

## Wünsche zum Jahreswechsel



Sehr geehrte Mitglieder des HWG Nebra,

wieder geht ein Jahr zu Ende. Der Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümergebiet Nebra hat vieles bewegt im Jahr 2008. Über einiges davon wollen wir in der vorliegenden Ausgabe berichten. Sie alle haben durch Ihre Mitgliedschaft, viele von Ihnen auch durch aktive Mitwirkung dazu beigetragen, dass kommunale Entscheidungen etwas bürgerfreundlicher getroffen werden. Wir möchten uns an dieser Stelle für Ihre Unterstützung bedanken, wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr 2009.

Der Vereinsvorstand

Übergabe des offenen Briefs an Ministerin Petra Wernicke



## Fusion ohne Vorteile

### Land erzwingt Fusion von AZV Nebra und AZV Laucha - Bad Bibra

Nur noch wenige Tage wird der AZV Nebra existieren. Dann ist die vom Land erzwungene Fusion vollendet. Der neue Verband wird dann AZV Unstrut-Finne heißen.

Der HWG Nebra hatte diese Fusion im Vorfeld heftig kritisiert. Ein Gutachten eines Sachverständigen hatte belegt, dass die Fusion keine wirtschaftlichen Vorteile bringen wird, da die beiden Zweckverbände bereits im Rahmen einer Zweckvereinbarung weitestgehend zusammenarbeiten.

Das Land drohte mit der Rückzahlung von Sanierungshilfen in Millionenhöhe. Die meisten Vertreter der Verbandsversammlung gaben sehr schnell

klein bei, obwohl einige anfangs noch von „Erpressung“ redeten. Der Vertreter von Albersroda stimmte zwar gegen die Fusion, aber nur um Druck auszuüben, damit seine Gemeinde aus dem Zweckverband austreten kann, was letztlich auch gelang. Auch Golzens Bürgermeister Ernst Handsche (vom AZV Laucha-BB) wollte der Fusion zunächst nicht zustimmen, wurde dann allerdings von extra angereisten Landesvertretern massiv unter Druck gesetzt, da ein einstimmiger Beschluss nötig war.

Zur Belohnung für die Kooperationsbereitschaft steht nun der neue Zweckverband auf der Rangliste für die Fördermittelvergabe ganz oben. Dadurch ist

es möglich weitere ländlich geprägte Orte mit einer über- teuerten Kanalisation auszustatten, die wir Bürger kräftig mitfinanzieren müssen.

Die kommunale Selbstverwaltung, die uns durch das Grundgesetz garantiert ist, wurde wieder einmal komplett ausgehebelt.

Außerdem drohen nun Gebüh- renerhöhungen, denn der AZV Laucha BB steht finanziell noch schlechter da als der AZV Nebra. Zwar wurde auf Initiative von Querfurt eine Trennung der Finanzen vereinbart, ob und wie lange diese rechtlich Stand halten wird, ist ungewiss und bleibt deshalb abzuwarten.

## HWG überreicht offenen Brief

### Landesvertreter kommen nach Nebra – wenig Interesse für Vorschläge

Am Montag, dem 27.10.2008 war Landesumweltministerin Petra Wernicke (CDU) im Querfurter Ortsteil Weißenschirmbach zu Gast, um Fördermittelbescheide für Abwasserkanalbaumaßnahmen zu übergeben. Wir waren vor Ort und haben der Ministerin einen offenen Brief überreicht. Darin wird die Baumaßnahme, wie auch schon im Vorfeld geschehen, wegen Unwirtschaftlichkeit kritisiert. Trotz der jüngsten Gebührenerhöhung könnten sich bis zu fünfstelligen Jahresverluste für den Verband ergeben. Das hätte weitere Gebührenerhöhungen für uns alle zur Folge.

Diese Verluste sind insbesondere deshalb nicht hinnehmbar, weil für den Anschluss eines Grundstücks über 7.300€ Fördermittel ausgegeben werden. Beim Einsatz von Steuergeldern in dieser Höhe sollte man einen höheren Vorteil für den Zweckverband und dessen Ge-

bührenzahler erwarten. Um ein Grundstück an das zentrale Netz anzuschließen, müssen in Weißenschirmbach durchschnittlich über 14.400€ investiert werden, pro Einwohner sind das über 5.300€.

Die Gebührenbelastung im AZV Nebra (die größte Einnahmequelle des Verbandes) ist derzeit doppelt so hoch wie im Querfurter Ortsteil Leimbach, obwohl man dort ohne Fördermittel auskommen musste. Das zeigt, wieviel Geld mit alternativen Anlagen eingespart werden könnte. Es müssen nun 50 Jahre lang Abwassergebühren entrichtet werden, bis die Baumaßnahme vollständig bezahlt ist. Die Bevölkerungszahl wird sich in 50 Jahren halbiert haben. Das kann zu technischen und zu Finanzierungsproblemen führen.

Wir setzen uns für eine bezahlbare und angepasste Infrastruktur in ländlichen Gebieten ein

und appellieren an die Ministerin, Fördermittel effektiver einzusetzen. Möglich wäre, semizentrale Anlagen wie in Leimbach so zu modifizieren, dass sie öffentlich betrieben werden können. Dann würden die Fördermittel sowohl den Einwohnern vor Ort zugute kommen, als auch gebührensenkend im AZV wirken.

Im November hatten wir in Nebra eine Veranstaltung mit dem Ministerium und dem AZV zu diesem Thema. Die Gesprächsrunde wurde von Doris Gehlfuß aus Bucha organisiert. Auf besonderes Interesse sind unsere Vorschläge beim Ministerium aber nicht gestoßen. Immerhin will der AZV Nebra für den Ort Bucha ein Pilotprojekt starten und alternative Varianten untersuchen lassen. Allerdings lassen gesetzliche Hürden nicht viel Spielraum. An einer Änderung der Gesetze hat scheinbar auch niemand Interesse.

## Ja, wir wollen einen Abwasserkanal!

*Klingt komisch, ist aber so. Die Mitteldeutsche Zeitung berichtet von Bürgerinitiativen, die sich für die zentrale Erschließung ihres Ortes einsetzen. Das Umweltministerium aber wiegelt ab, nicht jedes kleine Dorf könne in den Genuss einer zentralen Abwasserentsorgung kommen, je kleiner der Ort, desto geringer seien die Chancen, heißt es. Glück haben die Orte, die zu frisch fusionierten Zweckverbänden gehören. Denn diese bekommen bevorzugt Fördermittel für eine zentrale Erschließung, sozusagen als Belohnung dafür, dass sie dem Land durch größere Strukturen bessere Möglichkeiten zur Einflussnahme geschaffen haben. Ministerin Wernicke (CDU) spricht in diesem Zusammenhang auch gern von den „goldenen Zügeln“ der Landespolitik. Immerhin verdanken wir diesen goldenen Zügeln, dass 92 % aller Einwohner im Lande bereits die Vorteile eines zentralen Anschlusses genießen dürfen, dass dafür Steuergelder in Milliardenhöhe eingesetzt wurden, und dass die Gebührenbelastung deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt.*

*Doch dieser Genuss ist nicht jedem vergönnt. Einige Leute müssen sich demnächst biologische Kläranlagen bauen. „Biologisch“ - das klingt schon so komisch. Kein Wunder, dass die Bürgerinitiativen der neueren Art eine „vernünftige“ Abwasserentsorgung haben wollen, wie sie die meisten von uns Glücklichen bereits haben. Den bedauernswerten zukünftigen Bioanlagenbesitzern setzt man obendrein noch einen Termin bis Ende 2009, dann muss die Bioanlage fertig sein. Ein Vorzug, einer geplanten zentralen Anlage ist, dass man die Gewässer noch bis 2016 verschmutzen darf. Ministerin Wernicke sucht die Schuld bei der EU, denn diese hat schließlich eine „angemessene Frist“ verlangt. Warum gerade*

*der Termin Ende 2009 angemessen ist, bleibt offen. Diese seltsamen „Bio“-Anlagen kosten angeblich bis zu 8000 €. Auch das hört sich nicht gut an. Man weiß zwar bei der Formulierung „bis zu“ nicht, was die Anlagen wirklich kosten, aber das stört niemanden.*

*Unser gepriesenes Umweltministerium will neuerdings nur noch dann zentrale Anlagen fördern, wenn diese nicht mehr als 2500€ pro Person kosten. Gibt es die im ländlichen Raum überhaupt, könnte man da fragen. Denn bisher hat man oft mehr als das doppelte ausgegeben, damit möglichst viele Leute im ländlichen Raum die Vorzüge zentraler Anlagen genießen können. Doch man kann beruhigen. Die bisherige Obergrenze von 4000€ Investitionskosten pro Einwohner hat die Landesregierung auch nicht davon abgehalten, teurere Anlagen zu fördern, so z.B. in Weißenhirschbach und Schmon. Deshalb brauchen die Zweckverbände auch nicht zu jammern, weil sie nun keine Fördermittel mehr für teurere Anlagen bekommen sollen. Immer schön fusionieren und dann klappt das schon mit den Fördermitteln. Am besten wäre ein „AZV Sachsen-Anhalt“, noch wirtschaftlicher geht es dann nicht mehr.*

*Man könnte auch fragen, wozu die Verbände die Fördermittel eigentlich brauchen, denn angeblich bauen sie doch stets die kostengünstigste Variante. Seltsamerweise wird immer gerade dann gefördert, wenn es besonders kostengünstig ist, nämlich wenn die zentrale Variante günstiger als eine dezentrale Variante ist.*

*Welch ein Glück, dass wir einen zentralen Abwasseranschluss haben. Die nächsten 50 Jahre brauchen wir uns um nichts kümmern - wir müssen einfach nur zahlen.*

*Andreas Löhne, Schmon*

## Rückwirkende Beiträge

### Immer mehr Fälle – Landespolitik sieht untätig zu

Rückwirkende Beiträge für Straßenausbau und Abwasser sind in Sachsen-Anhalt aufgrund eines umstrittenen Urteils des Oberverwaltungsgerichts jederzeit möglich. Die Kommunen sind nach dem Urteil verpflichtet, rückwirkend Beiträge zu kassieren, falls diese nicht oder nicht in voller Höhe erhoben wurden. Man kann als Bürger also nie wissen, wann eine Straße oder ein Abwasserkanal endgültig bezahlt ist.

Die Fälle im Lande häufen sich mittlerweile. Dort wo rückwirkend Beiträge zu zahlen sind, ist man oft überrascht und enttäuscht, wenn auf einmal mehrere Tausend Euro scheinbar aus heiterem Himmel fällig werden. Dort wo es noch nicht passiert ist, kümmert man sich dagegen wenig um das

### Friedhofsgebühren

#### Petition an Landtag geschickt

Nachdem die Prüfung der nicht nachvollziehbaren Berechnung der Friedhofsgebühren, die zum Teil auf 800% erhöht wurden, von der Stadt Nebra abgelehnt wurde, hat der HWG Nebra nun eine Petition an den Landtag von Sachsen-Anhalt geschickt. Wir fordern, dass die Kosten, die zu derartig hohen Gebühren führen, lückenlos aufgliedert werden.

### Aufruf: Forum mit Landtagsabgeordnetem

Die CDU lädt am 26.01.2009 nach Holleben zu einem Forum über die Problematik der Kommunalabgaben in Sachsen-Anhalt ein. Gastgeber ist der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Innenausschusses im Landtag Thomas Madl (Bürgermeister von Löbejün).

Unser Verein sollte bei diesem wichtigen Termin zahlreich vertreten sein, damit wir unseren Forderungen Nachdruck verleihen. Wir informieren Sie rechtzeitig über die genauen Daten.

Thema. Der Protest gegen diese rechtsstaatlich sehr bedenkliche Praxis wird so nur scheinbar hervorgebracht und geht dadurch leicht unter. Wenn sich die einen wieder beruhigt haben, sind die nächsten dran.

Dabei könnte die Landesregierung hier gegensteuern, indem sie die umstrittenen Gesetzespassagen ändert. Eine Lobby haben die Betroffenen aber scheinbar nicht. Die Presse berichtet, wenn überhaupt nur lokal über konkrete Fälle, die Hintergründe und die Rolle der untätigen Landesregierung bleiben dabei im Hintergrund.

Deshalb kommt es darauf an, dass jeder und jede seine Landtagsabgeordneten anspricht und nachfragt, was jene konkret gegen den Missstand der rückwirkenden Beitragserhebung tun.

### Wussten Sie schon

... dass, eine Fusion zweier Zweckverbände nur dann gesetzlich erlaubt ist, wenn man die Aufgaben nicht ebenso wirtschaftlich durch andere Formen der Zusammenarbeit realisieren kann.

... dass, die EU über die Einführung einer Mehrwertsteuer für Abwasser berät.

... dass, die Stadt Querfurt den Bebauungsplan für das unbebaute Ziegelrodaer Gewerbegebiet gekippt hat, um der Zahlung von Anschlussbeiträgen zu entgehen.

... dass, in Brandenburg ein Grundstück unter Einsatz von 25 Polizisten geräumt wurde, um dieses gegen den Willen der Eigentümerin an den Abwasserkanal anzuschließen, obwohl auf dem Grundstück wegen einer mit einem Umweltpreis gekrönten Nutzwasserrecyclinganlage überhaupt kein Abwasser anfällt.

... dass, die Gemeinderäte von Angersdorf (bei Halle) vor Gericht stehen, weil sie nicht rechtzeitig eine Beitragssatzung für den Straßenausbau erlassen haben.

**Sie sind noch kein Mitglied im HWG Nebra?**

Gerhard Knorre, Wetzendorfer Straße 9, 06642 Nebra, Fon: 034461 22567, Web: [www.hwg-nebra.de](http://www.hwg-nebra.de)

**Kontaktieren Sie uns!**

Gerhard Knorre, Wetzendorfer Straße 9, 06642 Nebra, Fon: 034461 22567, Web: [www.hwg-nebra.de](http://www.hwg-nebra.de)

**Impressum:** V.i.S.d.P. HWG Nebra e.V., Gerhard Knorre, Wetzendorfer Straße 9, 06642 Nebra